

Brunhild Staiger

Die chinesische Bevölkerungspolitik:

Gegenwärtiger Stand und Probleme

Vom 5.-13. September 1994 fand in Kairo die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung statt. Schon im Vorfeld der Konferenz hatte es heftige Auseinandersetzungen um die Methoden der Familienplanung gegeben. Dabei stand vor allem das Thema Abtreibung im Vordergrund, weil die katholische Kirche ebenso wie islamische Fundamentalisten diese strikt ablehnen. Ihr Ziel war es, die Legalisierung der Abtreibung durch die Konferenz zu verhindern. Kritik kam jedoch nicht nur von religiöser Seite, sondern auch von Menschenrechtsorganisationen, die sich gegen die Ausübung von Zwang bei der Durchsetzung staatlicher Bevölkerungspolitik, namentlich gegen zwangsweise Abtreibungen wenden, in denen sie eine Verletzung der Menschenrechte sehen. Dabei hatten die Kritiker zumeist die VR China im Visier, die für ihre rigorose Familienplanungspolitik bekannt ist. Zur Durchsetzung der Ein-Kind-Politik ist China praktisch jedes Mittel recht; so ist dort nicht nur die Abtreibung legalisiert, sondern es wird auch Zwang ausgeübt. Die Kritiker einer solchen Politik erhalten teilweise Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Zwar nahmen die Vertreter der USA auf der Konferenz eine Mittlerstellung ein, aber im August, also vor der Kairoer Konferenz, hatte Präsident Clinton auf Druck der amerikanischen Öffentlichkeit und des Senats ein Dokument unterzeichnet, das dem UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) die Verwendung amerikanischer Mittel für China verbietet. Die VR China betrachtete dies als einen unfreundlichen Akt und als Verleumdung der chinesischen Familienplanungspolitik.¹

Chinas Position auf der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz

Chinas Haltung auf der Kairoer Konferenz hat gezeigt, daß sich das Land durch solcherlei Kritik und Angriffe nicht erschüttern läßt. Vielmehr hat es seine Position mit großem Selbstbewußtsein vertreten. Die VR China hatte eine 47köpfige Regierungsdelegation unter Leitung von Peng Peiyun, der Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Familienplanung, und eine Gruppe von 30 Nicht-Regierungsmitgliedern nach Kairo entsandt. Gleich am ersten Konferenztag machte Peng Peiyun in einer längeren Rede Chinas Standpunkt klar. Im folgenden werden die wichtigsten Punkte zusammengefaßt.

- Peng betonte den engen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Entwicklung; die Bevölkerungsfrage sei im wesentlichen eine Entwicklungsfrage. Ein Land könne sein Bevölkerungsproblem nur lösen, wenn es sich um nachhaltige Entwicklung der Produktivität bemühe, nämlich Förderung der gesamten sozioökonomischen Entwicklung, stärkere Betonung des Umweltschutzes sowie Verbesserung des kulturellen Niveaus, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Familienplanung und der Stellung der Frau.
- Jedes Land solle seine Bevölkerungspolitik unabhängig auf der Grundlage der eigenen Bedingungen und der eigenen Bevölkerungssituation festlegen. Dies sei das Recht eines jeden souveränen Staates und müsse respektiert werden.
- Programme zur Bevölkerungs- und Familienplanung seien ein wirksames Mittel, um die Bevölkerungsprobleme vieler Entwicklungsländer zu lösen. Bei deren Durchsetzung solle allerdings jeglicher Zwang vermieden werden.
- Für erfolgreiche Familienplanung sei die Verbesserung der Stellung der Frau erforderlich, insbesondere durch Bildung, Teilnahme an Politik und Wirtschaftsentwicklung, Schutz der Rechte und Interessen der Frau sowie Verwirklichung ihrer Gleichstellung.
- Erfolge bei der Eindämmung des weltweiten Bevölkerungswachstums seien nur durch internationale Kooperation zu erzielen. Peng rief die entwickelten Länder auf, die Mittel für Bevölkerungs- und Entwicklungsprogramme aufzustocken und keine politischen Bedingungen an die Vergabe solcher Mittel zu knüpfen.
- Was die chinesische Bevölkerungssituation angehe, so habe die Bevölkerung auf dem Festland Ende 1993 mehr als 1,18 Mrd. betragen und pro Jahr einen Nettozuwachs von 14 Mio. zu verzeichnen. Es sei Chinas strategisches Ziel, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung zu erreichen, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse seiner gesamten Bevölkerung zu befriedigen und die Lebensqualität des Volkes zu verbessern. Diese Ziele würden letztlich auch das Bevölkerungsproblem lösen.
- Zugleich mit der Entwicklung der Volkswirtschaft habe die chinesische Regierung die Familienplanung und den Umweltschutz zu den Grundlagen ihrer Politik gemacht und beides in den nationalen Gesamtplan für wirtschaftliche Entwicklung aufgenommen.
- Bei der Verwirklichung ihrer Bevölkerungs- und Familienpolitik verfolge die chinesische Regierung den Grundsatz, Lenkung durch die Regierung und Freiwilligkeit der Bevölkerung miteinander zu verbinden.²

Die Ausführungen von Frau Peng geben die Grundsätze der chinesischen Bevölkerungspolitik wieder, wie sie die chinesische Regierung nach außen vertritt und wie sie vom Ausland gesehen werden sollen. Daß sie der Wirklichkeit nicht ganz entsprechen, wird jeder feststellen, der mit der Familienplanungspolitik in China etwas vertraut ist. Es ist allgemein bekannt, daß die Durchsetzung der Vorschriften zur Familienplanung keineswegs immer auf freiwilliger Basis erfolgt, sondern daß schwangere Frauen nicht selten zur Abtreibung gezwungen werden. Auch

Ausübung moralischen Drucks bedeutet Zwang, so jedenfalls sehen es Fachleute im Ausland.³ In China selbst wird das Problem anders gesehen. Man gibt zwar zu, daß es gelegentlich zu Zwangsmaßnahmen kommt, was auf mangelhafte Ausbildung des für Familienplanung zuständigen Personals zurückgeführt wird. Grundsätzlich aber wird Zwang abgelehnt, und man ist der Überzeugung, daß generell auch danach gehandelt wird. Diese Überzeugung stützt sich auf die Vorschrift, daß vor jeder Maßnahme, also beispielsweise einem Schwangerschaftsabbruch oder einer Sterilisation, bei der betr. Person eingehende Erziehungsarbeit zu leisten ist. Während eine auf diese Weise erlangte Einwilligung nach westlichem Verständnis eine erzwungene Zustimmung ist, sehen die Chinesen - zumindest die offizielle Seite - darin das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt, weil man der Auffassung ist, daß die betr. Person zu besserer Einsicht gelangt ist. In dieser Auffassung spiegelt sich etwas von dem in der konfuzianischen Tradition begründeten Glauben an die Erziehbarkeit des Menschen wider.

Für das Verständnis der chinesischen Position ist ein weiterer Punkt von Bedeutung, den Peng Peiyun in einem Interview mit Xinhua unterstrich. Sie betonte darin das Verantwortungsbewußtsein Chinas in der Bevölkerungsfrage und Chinas Beitrag zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums in der Welt. Die chinesische Delegation, so erklärte sie, habe wichtige Punkte in das Aktionsprogramm, das auf der Konferenz verabschiedet wurde und Richtlinien für die kommenden zwei Jahrzehnte enthält, eingebracht; außerdem habe China aktiv am Zustandekommen eines allgemeinen Konsenses bei den strittigen Fragen mitgewirkt.⁴ Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl wirken sich bei keinem anderen Land der Welt Maßnahmen der Geburtenkontrolle auf die Entwicklung der Weltbevölkerung so deutlich aus wie bei der VR China. Diesen Tatbestand nutzt die chinesische Regierung, um der Weltgemeinschaft seine verantwortungsbewußte Haltung klarzumachen. Auch Premierminister Li Peng betonte in einer der Konferenz schriftlich vorliegenden Rede den großen Beitrag, den China zur Stabilisierung der Weltbevölkerung leiste.⁵ Hinter diesem mit großem Selbstbewußtsein vorgetragenen Verantwortungsgefühl verbirgt sich die Erwartung Chinas, daß die internationale Gemeinschaft seinen Beitrag würdigt.

Der Stand der chinesischen Bevölkerungsentwicklung und -politik

Mit 1,2 Mrd. Einwohnern ist die VR China das bevölkerungsreichste Land der Erde. Das Land verfügt nur über 7 Prozent der anbaufähigen Fläche der Welt, muß aber 22 Prozent der Weltbevölkerung ernähren. Die Getreideproduktion konnte in den vergangenen dreißig Jahren zwar mehr als verdoppelt werden, aber die Bevölkerung verdoppelte sich innerhalb dieses Zeitraums ebenfalls, so daß der Zuwachs der Getreideproduktion praktisch aufgezehrt wurde.⁶ Eine weitere Steigerung der Getreideproduktion ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Die Anbaufläche verringert sich stetig, immer mehr Menschen müssen von den Erträgen abnehmender landwirtschaftlicher Flächen ernährt werden, denn zum einen fällt immer mehr anbaufähiges Land der Modernisierungspolitik, d.h. deren Infrastrukturmaßnahmen, zum Opfer, zum anderen wird das Ackerland durch Überdüngung überstrapaziert oder fällt der Desertifikation und Erosion anheim.

Seit den siebziger Jahren wuchs in China die Erkenntnis, daß sozioökonomischer Fortschritt bei gleichbleibendem Bevölkerungswachstum nicht möglich ist. Das Ziel der Modernisierung des Landes, das Zhou Enlai 1975 aufgestellt hatte, dem aber erst Deng Xiaoping Ende der siebziger Jahre durch seine Reform- und Öffnungspolitik konkrete Gestalt verlieh, konnte also nur durch eine konsequente Bevölkerungspolitik erreicht werden. Die Eindämmung des rasanten Bevölkerungswachstums bildete den Eckpfeiler der Modernisierungspolitik. Als wichtigstes Ziel wurde die Ein-Kind-Familie propagiert, für die in landesweiten Erziehungskampagnen geworben wurde. Die Bevölkerungsplanung wurde in die nationalen Wirtschafts- und Sozialpläne aufgenommen, und obwohl die Planziffern mehrfach revidiert werden mußten und Rückschläge zu verzeichnen waren, hat China, insgesamt gesehen, beachtliche Erfolge erzielt, die auch internationale Anerkennung finden. So sank die Geburtenrate in China von 33,43 Promille im Jahre 1970 auf 18,09 Promille im Jahre 1993. Ohne die strikte Familienplanung würden heute in China 200 Mio. Menschen mehr leben.⁷

Dennoch sieht die Regierung keinen Anlaß, in ihren Bemühungen zur Verringerung des Bevölkerungswachstums nachzulassen. Denn erstens wird die Bevölkerung aufgrund der Alterspyramide, d.h. der relativ jungen Bevölkerung, noch bis Mitte des nächsten Jahrhunderts anwachsen. Derzeit leben in China über 324 Mio. Frauen im gebärfähigen Alter;⁸ davon sind über 120 Mio. Frauen im Alter zwischen 20 und 29, dem Alter, in dem die meisten Frauen ihre Kinder in die Welt setzen. Ende des Jahrhunderts wird diese Altersgruppe immer noch 100 Mio. umfassen. Offiziellen Angaben zufolge werden in den neunziger Jahren pro Jahr durchschnittlich mehr als 20 Mio. Babies geboren; dies bedeutet einen Nettozuwachs von jährlich 13-15 Mio. Menschen.⁹ Aufgrund dieser hohen absoluten Geburtenziffer ist das zu Beginn der achtziger Jahre gesteckte Ziel, die Bevölkerungszahl bis zum Ende des Jahrhunderts unterhalb von 1,2 Mrd. zu halten, überholt. Die chinesische Regierung rechnet jetzt bis zum Jahr 2000 mit einer Bevölkerung von 1,3 Mrd. und bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts mit 1,6 Mrd. Erst danach werde in China die Periode des Nullwachstums der Bevölkerung beginnen.¹⁰

Im diesjährigen Weltbevölkerungsbericht wird sogar schon bis zum Jahr 2025 für China eine Bevölkerung von über 1,5 Mrd. erwartet.¹¹ Zweitens sind die Erfolge der chinesischen Bevölkerungsplanung aus weiter unten zu erörternden Gründen geographisch sehr unterschiedlich verteilt und keinesfalls als stabil zu bezeichnen. Generell läßt sich sagen, daß sich die Ein-Kind-Familie hauptsächlich im städtischen Bereich durchgesetzt hat, während die Familien auf dem Lande vielfach zwei und mehr Kinder haben. Nach den Vorschriften zur Familienplanung ist es Ehepaaren auf dem Lande nur dann erlaubt, ein zweites Kind zu haben, wenn das erste Kind eine Tochter ist und sich die Familie "in besonderen Schwierigkeiten" befindet. Diese Klausel wurde Mitte der achtziger Jahre in einigen Gegenden recht extensiv ausgelegt, so daß die Regierung Ende des Jahrzehnts wieder strenger auf die Einhaltung der Ein-Kind-Politik achtete und den Schwerpunkt der Familienplanungsarbeit in die ländlichen Gebiete verlegte.¹² Offiziell wird die Schuld für den unzureichenden Erfolg der Familienplanung auf dem Lande traditionellen "feudalistischen" Ideen zugeschrieben, wie z.B. der Auffassung, daß mehr Kinder mehr Glück bedeuteten und daß Söhne mehr wert seien als

Mädchen. Doch lassen sich die mangelnden Erfolge oder gar Rückschläge nicht nur aus traditionellen Anschauungen erklären; wie noch zu zeigen sein wird, gibt es mehrere sich aus der Reform- und Öffnungspolitik ergebende Faktoren, die ein Ansteigen der Geburtenziffern begünstigen.

Methoden zur Erreichung der Ein-Kind-Familie

a) Familienplanung als öffentliche Aufgabe:

Grundlage für die staatliche Bevölkerungspolitik sind mehrere ZK-Beschlüsse zur Familienplanung, wie z.B. vom 12.4.1984, vom Mai 1986¹³ und vom 12.5.1991,¹⁴ sowie Vorschriften auf Provinzebene. Ein nationales Familienplanungsgesetz gibt es bislang nicht. Die strikte Familienplanungspolitik bringt es mit sich, daß Kinderkriegen in China keine Privatsache ist, sondern staatlicher Planung unterliegt. Jede Regierungsebene legt in ihren Jahres- und Fünfjahresplänen Zahlen für die Bevölkerungsentwicklung fest und ist verpflichtet, die Zielvorgaben für die Eindämmung des Bevölkerungswachstums einzuhalten. Dies bedeutet theoretisch, daß jede lokale Einheit pro Jahr ein festes Geburtenkontingent zur Verfügung hat. In städtischen Einheiten ist es üblich, daß sich jungverheiratete Frauen die Genehmigung der Beauftragten für Familienplanung einzuholen haben, bevor sie schwanger werden, und daß nach der Geburt eines Kindes streng darauf geachtet wird, daß es nicht zu einer weiteren Schwangerschaft kommt. Auf dem Lande soll das Genehmigungsverfahren auch gelten, doch ist es hier schwerer durchzusetzen und hängt im einzelnen stark von den örtlichen Verhältnissen ab. Der Staat stellt öffentliche Mittel für die Familienplanungsarbeit zur Verfügung, und zwar 2 Yuan pro Kopf und Jahr.¹⁵ Da zumal auf dem Lande die örtlichen Kader sich oft selbst nicht an die Vorschriften halten und diese vielfach aufgrund guter persönlicher Beziehungen oder Bestechung umgangen werden können, wurde vor einigen Jahren auch in der Familienplanung das Verantwortlichkeitssystem eingeführt. Danach soll der Erfolg einer örtlichen Regierung bei der Verringerung der Geburtenrate als wichtiges Kriterium für die Bewertung der Kader und damit als maßgeblich für ihre persönliche Karriere gelten. Entsprechend sollen auch Betriebe nach ihren diesbezüglichen Erfolgen eingestuft werden, und selbst die Erteilung einer Arbeiterlaubnis außerhalb der Landwirtschaft an einzelne Personen wird von deren Durchführung der Ein-Kind-Politik abhängig gemacht.¹⁶ Bei mangelhafter Durchführung der Familienplanungspolitik werden die jeweiligen örtlichen Regierungen oder Einheiten offiziell verwarnt, was mit materiellen und sonstigen Nachteilen verbunden ist, während erfolgreiche Regierungen und Einheiten belobigt werden.

b) Propagandaarbeit:

Die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen sind angewiesen, der Bevölkerungsplanung ebensoviel Bedeutung beizumessen wie der Wirtschaftsplanung und Personal bereitzustellen, das sich ausschließlich um die Familienplanung kümmert. Die Familienplanungsbeauftragten müssen in ihrem zuständigen Bereich unter der jeweiligen Zielgruppe (jungverheiratete Ehepaare, Frauen im reproduktionsfähigen Alter) Erziehungsarbeit leisten. Dazu gehören die Erläuterung der staatlichen Bevölke-

runbspolitik sowie die Aufklärung über Verhütungsmaßnahmen und mögliche Sanktionen. In zunehmendem Maße werden auch Schulen für Familienplanung gegründet, in denen Jungvermählte und junge Mütter unterrichtet werden. Solche Schulen gibt es mittlerweile in fast allen Städten und in einer großen Anzahl von Kreisen.¹⁷ Das Problem bei der Erziehungsarbeit ist der oft unzureichende Ausbildungsstand der Familienplanungsbeauftragten und -lehrer.

c) Späte Heirat und späte Geburten:

Als eine der wichtigsten Methoden der Familienplanung werden die Spätheirat und entsprechend späte Geburten propagiert. Das gesetzliche Heiratsalter beträgt für Frauen 20, für Männer 22 Jahre. In der Praxis soll das Alter bei der Eheschließung höher liegen: Frauen sollten nicht unter 23 und Männer nicht unter 25 Jahren heiraten. Ist das Mindestheiratsalter bei einem oder beiden Partnern nicht erreicht, so müssen die zuständigen Stellen die Eheregistrierung verweigern.¹⁸ Da junge Erwachsene in den Städten über die Arbeitseinheiten relativ gut zu kontrollieren sind, hat sich die Spätheirat hier weitgehend eingebürgert. Auf dem Lande hingegen läßt sie sich schwerer durchsetzen; dort ist frühes Heiraten immer noch weit verbreitet. Nach offiziellen Angaben sollen unter den 10 Mio. neuen Ehen, die pro Jahr geschlossen werden, 1,6 Mio. Frühehen sein.¹⁹ Offensichtlich zum Zwecke der Einschränkung von Frühehen und frühen Geburten wurden im Februar 1994 Bestimmungen über Eheregistrierung erlassen. Darin wird das gesetzlich vorgeschriebene Mindestheiratsalter als wichtigstes Kriterium für die Ehefähigkeit genannt, und dem Personal der Registrierungsämter werden bei Verletzung der Vorschriften über das Heiratsalter Strafen bis hin zur Amtsenthebung angedroht.²⁰ Neben der Frühehe macht den örtlichen Regierungen die Tatsache zu schaffen, daß viele junge Leute die strengen Ehebestimmungen umgehen, indem sie ohne Eheregistrierung zusammenleben. Nach den Bestimmungen über Eheregistrierung ist außereheliches Zusammenleben von Mann und Frau nicht gestattet und unterliegt nicht dem gesetzlichen Schutz, d.h. solche nichtehelichen Lebensgemeinschaften bewegen sich im gesetzfreien Raum. Daß gerade dies beabsichtigt ist, um sich der Kontrolle durch das Familienplanungspersonal zu entziehen, ist nicht auszuschließen. Beide Erscheinungen beeinträchtigen die Familienplanungspolitik in erheblichem Maße und zwingen die Behörden zum Eingreifen. In Hebei beispielsweise nahm die Provinzregierung im vergangenen Jahr eine entsprechende Überprüfung vor, um Frühehen und nichteheliches Zusammenleben zu unterbinden. Dort sollen jedes Jahr mehrere zigtausend neue Fälle von Frühehen und außerehelichem Zusammenleben vorkommen. (Siehe RMRB, 24.4.93.)

d) Verhütungsmaßnahmen:

Die Verantwortung für schwangerschaftsverhütende Maßnahmen wird auch in China weitgehend den Frauen überlassen. Von den etwa 240 Mio. Ehepaaren im reproduktionsfähigen Alter verwenden heute gut 200 Mio. Kontrazeptiva.²¹ Die beliebteste Methode sind intrauterine Verhütungsmittel, die von etwa 40 Prozent aller Frauen im gebärfähigen Alter benutzt werden. Demgegenüber werden Pille und Kondome am wenigsten verwendet, nämlich nur von etwa 4-5 Prozent der Ehepaar-

re.²² Dies liegt zum einen an der schlechten Qualität dieser Mittel, zum anderen an den Kosten. Verhütungsmittel werden von den Arbeitseinheiten oder auf dem Lande von den Beauftragten für Familienplanung kostenlos vergeben. Zugang haben aber nur Verheiratete, denn vorehelicher Geschlechtsverkehr ist in China tabu. Für Unverheiratete war es bislang äußerst schwierig, an Verhütungsmittel heranzukommen. Allmählich scheint sich hier jedoch ein Wandel anzubahnen. In jüngster Zeit werden zumindest in den Großstädten zunehmend Läden, Stände oder Automaten eingerichtet, wo es Kontrazeptiva der verschiedensten Art zu kaufen gibt. Dies wurde vor allem aufgrund der größeren Mobilität der Bevölkerung erforderlich, und davon profitieren auch Unverheiratete.²³

Eine weitverbreitete Methode zur Verhütung von Schwangerschaften ist die Sterilisierung. Dieser unterziehen sich weitaus mehr Frauen als Männer. Wenn Frauen nach ihrem ersten Kind unerlaubt wieder schwanger werden, werden sie in der Regel zu Abtreibung und Sterilisation gedrängt. Die Zahl der Sterilisationen pro Jahr bewegt sich zwischen 6,5 Mio. (1992) und 10 Mio. (1991).²⁴ Daneben gilt die Abtreibung als legitime Methode zur Verhütung von Geburten. Sie wird offiziell zwar als letzter Ausweg hingestellt, zu dem nur Zuflucht genommen wird, wenn alle anderen Mittel versagen, doch in Wirklichkeit wird sie allzu häufig, rigoros und leichtfertig praktiziert. Frauen, die unerlaubt ein zweites oder drittes Kind erwarten, werden von den Beauftragten für Familienplanung so lange bearbeitet, bis sie "freiwillig" einer Abtreibung zustimmen. Die Regierung gibt zu, daß pro Jahr rund 10 Mio. Abtreibungen durchgeführt werden,²⁵ das bedeutet, daß auf zwei Geburten eine Abtreibung kommt. Einer Erhebung des Frauenverbandes zufolge haben rund 25 Prozent aller verheirateten Frauen in China mindestens eine Abtreibung hinter sich, 8 Prozent hatten zwei oder mehr Abtreibungen. Die Abtreibungsrate war in Shanghai mit 41 Prozent und in Beijing mit 35 Prozent aller verheirateten Frauen am höchsten. In diesen beiden Städten soll auch der Anteil unverheirateter Frauen, die eine Abtreibung vornehmen ließen, am höchsten sein, nämlich 25 Prozent.²⁶

e) Aufbau einer Altersversorgung:

Von Anfang an wurde der enge Zusammenhang zwischen weniger Kindern und einer dadurch gegebenen wirtschaftlichen Besserstellung betont. Dies freilich war insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung schwer klarzumachen, war sie doch für ihre Versorgung im Alter auf Kinder, zumal Söhne angewiesen, solange es keine staatliche Altersversicherung auf dem Lande gab. Einer der entscheidenden Gründe für den Erfolg der Familienplanung in den Städten ist, daß es dort für die zumeist im staatlichen Sektor Beschäftigten eine gesetzliche Altersversorgung gibt. Auf dem Lande hingegen begann man erst in den achtziger Jahren mit dem Aufbau eines Versorgungsnetzes für das Alter - bisher allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Generell läßt sich sagen, daß in wohlhabenderen Gegenden wie Ostchina eine Altersversicherung bereits gewährleistet ist, während sie in anderen Gegenden noch kaum entwickelt und vor allem in den unterentwickelten Gebieten noch gar nicht vorhanden ist.²⁷ In diesen Gebieten zeitigt die Geburtenregelung daher auch am wenigsten Erfolge.

f) Wirtschaftliche Anreize und Sanktionen:

Da die Regierung erkannt hat, daß Propaganda und Erziehung allein nicht ausreichen, um die Bevölkerung zum freiwilligen Verzicht auf mehrere Kinder zu bringen, hat sie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein System von Belohnungen und materiellen Strafen eingeführt. Familien, die sich verpflichten, nur ein Kind zu haben, können in den Genuß aller Privilegien kommen, die die Gesellschaft zu bieten hat, z.B. kostenfreier Kindergarten und Schulbesuch, ggf. kostenfreie medizinische Behandlung für das Kind, Bevorzugung bei Wohnraumvermittlung, berufliche Beförderung der Eltern u.ä. Außerdem erhalten Familien mit Einzelkindern Kindergeld.²⁸ Demgegenüber werden bei Nichteinhaltung der Ein-Kind-Politik einschneidende materielle Sanktionen verhängt. Alle unerlaubten Geburten werden als illegal betrachtet und ziehen für die betr. Familien nach sich, daß diese von allen staatlich gewährten Privilegien ausgeschlossen sind. So müssen die Eltern für die Geburt eines unerlaubten Zweitkindes eine Geldstrafe zahlen (in einem Bezirk der Stadt Guangzhou beispielsweise 2.000 Yuan), die sich bei jedem weiteren Kind erhöht. Ferner erhalten die betr. Familien keinen zusätzlichen Wohnraum, keine zusätzlichen Getreidecoupons und keine freie medizinische Behandlung. Es kann auch zu Gehaltskürzungen und Entlassungen oder zum Entzug bestimmter Lizenzen (z.B. für private Geschäfte) kommen.²⁹ Viele wohlhabende Familien lassen sich durch diese Strafen nicht abschrecken, sondern sind um eines zweiten oder dritten Kindes willen bereit, die Strafen zu zahlen.

Probleme bei der Durchführung der Familienplanungspolitik

Es ist kein Geheimnis, daß die offizielle Politik zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums in der chinesischen Bevölkerung auf starke Widerstände stößt. Diese erklären sich zum Teil aus traditionellen Anschauungen, wie z.B. dem Glauben, daß viele Kinder mehr Glück, vor allem Versorgung im Alter bedeuten und daß Söhne zur Fortführung der Ahnenkette erforderlich sind. Zum Teil aber ergeben sich die Widerstände auch aus den Wirtschaftsreformen, die den Grund für eigenverantwortliches Wirtschaften und mehr Privatinitiative legten, was wiederum bei einem großen Teil der Bevölkerung, zumal auf dem Lande, den Wunsch aufkommen läßt, den Wohlstand des Familienverbandes durch die Arbeit möglichst vieler Familienmitglieder zu mehren. Erfahrungsgemäß führt ein höherer Bildungsstandard insbesondere bei den Frauen zu größerer Akzeptanz der Geburtenkontrolle. Dies ist ein Grund, weshalb die Familienplanung in den mit Bildungsinstitutionen besser ausgestatteten Städten eher praktiziert wird als auf dem Lande, wo das Bildungswesen generell nicht so gut entwickelt ist. Diesen Zusammenhang hat die chinesische Regierung erkannt, und so widmen sich spezielle Bildungsprogramme seit neuestem verstärkt der Mädchen- und Frauenbildung, denn noch immer sind rund 80 Prozent der etwa 180 Millionen Analphabeten (offizielle Zahl für 1990) Frauen.³⁰ Auch eine weitergehende Frauenemanzipation könnte die Akzeptanz erhöhen, aber sie ist in China bislang nur formal gegeben und bei den meisten Frauen nicht ins Bewußtsein gedrungen, so daß von ihrer Seite wenig zu erwarten ist, zumal es in China keine feministische Bewegung gibt. Nicht zuletzt spielen sozioökonomische Aspekte eine große Rolle für das Reproduktionsver-

ten der Bevölkerung. In der Regel führen mehr Wohlstand und öffentliche Sicherheitssysteme für die Bevölkerung zu verminderter Kinderzahl. Wie wir gesehen haben, ist dies in China aufgrund traditioneller Denkstrukturen zumindest auf dem Lande nicht unbedingt der Fall. Sofern es sich Familien leisten können, zahlen sie lieber hohe Strafen als auf zusätzliche Kinder zu verzichten.

Angesichts der verbreiteten Resistenz der chinesischen Bevölkerung gegen Familienplanung verfolgen Partei und Regierung einen harten Kurs und greifen zu Zwangsmaßnahmen, weil sie - zweifellos mit Recht - annehmen, daß auch nur die leiseste Lockerung die Geburtenrate sofort wieder hochschnellen ließe. Dennoch gibt es gravierende Probleme, die den Erfolg der Geburtenkontrolle mindern.

a) Aussetzen und Töten neugeborener Mädchen:

Der Wunsch nach einem männlichen Erben, der vor allem bei der bäuerlichen Bevölkerung ungebrochen ist, hat seit Beginn der strengen Geburtenkontrollpolitik dazu geführt, daß auf dem Lande das Töten und Aussetzen neugeborener Mädchen keine Seltenheit sind. Wenn man nur ein oder ggf. auch zwei Kinder haben darf, so die verbreitete Auffassung, dann soll es wenigstens ein Junge sein. Die Regierung hat das Problem nicht verschwiegen und versucht, gegen die Unsitte vorzugehen, indem sie nicht müde wird, die Gleichwertigkeit männlicher und weiblicher Nachkommen zu predigen. Heute dürfte es dank der Möglichkeit pränataler Geschlechtsfeststellung durch Ultraschall nur noch in geringem Maße zu Tötungen kommen. Statt dessen ist es vielfach üblich geworden, bei weiblichen Föten abzutreiben.

b) Unausgewogenes Geschlechterverhältnis:

Aufgrund der nach wie vor unter der ländlichen Bevölkerung verbreiteten Geringschätzung von Mädchen und Bevorzugung von Jungen hat sich seit Ende der siebziger Jahre das Geschlechterverhältnis in China sehr ungleich entwickelt. Ein Großteil der ländlichen Familien manipuliert die Nachkommenschaft. In den achtziger Jahren geschah dies vorwiegend durch Aussetzen oder Töten von Mädchen, um sich auf diese Weise die Möglichkeit, einen Sohn zu bekommen, offenzuhalten. In den neunziger Jahren lassen schwangere Frauen häufig das Geschlecht durch Ultraschall untersuchen und ggf. eine Abtreibung vornehmen. Dies hat die Abtreibungsrate in den letzten Jahren drastisch in die Höhe getrieben. Zwar sind daraufhin den Ärzten Ultraschalluntersuchungen zur Feststellung des Geschlechts untersagt worden, aber gegen Bestechung ist eine solche Untersuchung leicht zu haben. Im übrigen sind Ultraschalluntersuchungen eine so lukrative Einnahmequelle, daß weder Krankenhäuser noch Privatärzte auf sie verzichten wollen.³¹ So ist es nicht verwunderlich, daß immer mehr Jungen und immer weniger Mädchen zur Welt kommen. Der vierte Zensus 1990 ergab eine Geschlechterrelation von 113,8 Jungen zu 100 Mädchen (Zahl für 1989).³² Das Ungleichgewicht weist jedoch steigende Tendenz auf; für die Jahre 1991 und 1992 wurde ein Durchschnittswert von 116,5 errechnet.³³ Normal wäre ein Verhältnis von 106 Jungen zu 100 Mädchen. Das Ungleichgewicht erreicht teilweise geradezu groteske Ausmaße: So wurde von zwei kleineren Städten in der Provinz Shandong berichtet, daß dort auf

100 Mädchen 144,6 bzw. sogar 163,8 Jungen geboren wurden.³⁴ Die Regierung ist sich des Problems bewußt und versucht, durch Erziehungsarbeit gegenzusteuern. Im Frühjahr 1993 setzte sich ein von der Staatlichen Kommission für Familienplanung einberufenes Forum mit der Frage auseinander. Dort wurde das unausgewogene Geschlechterverhältnis als ernstes Problem bezeichnet, das dringend einer Lösung bedarf.³⁵ Zugleich aber wird auch vor Übertreibung gewarnt. Bevölkerungsexperten in China bewerten die Situation sehr unterschiedlich; während die einen vor einem bedrohlichen Männerüberschuß im nächsten Jahrhundert warnen, sehen die anderen keinen Grund zur Panik. Sie führen das Ungleichgewicht darauf zurück, daß Mädchengeburten vielfach nicht gemeldet werden, so daß es sich in ihren Augen nur um ein scheinbares Mißverhältnis handelt. Die Regierung scheint eher der letzten Auffassung zuzuneigen. In der Staatlichen Kommission für Familienplanung schätzt man, daß pro Jahr 400.000 - 500.000 mehr Jungen als Mädchen geboren werden und daß etwa die Hälfte oder sogar drei Viertel der neugeborenen Mädchen nicht registriert werden, so daß man aufgrund dieser Zahlen von einer relativ normalen Situation ausgehen könne.³⁶ Die Wahrheit liegt wahrscheinlich in der Mitte, d.h. das ungleiche Geschlechterverhältnis ist sowohl aus der hohen Abtreibungsrate weiblicher Föten als auch aus der hohen Zahl nicht gemeldeter Mädchengeburten zu erklären. Dennoch beginnt die Presse, insbesondere die ausländische, schon damit, die schlechten Zeiten auszumalen, die im nächsten Jahrhundert für die chinesischen Männer anbrechen. Für das Jahr 2000 wird ein Überschuß von 70 Millionen Männern im heiratsfähigen Alter vorausgesagt, die keine Frau finden würden.³⁷ Eine solche Entwicklung würde nicht ohne Einfluß auf die Stellung der Frau bleiben. Sie würde deren Position stärken, weil sie begehrter würde (auch Mädchengeburten würden immer willkommener werden) und weil sie in weitaus höherem Maße als bislang ihre Wünsche und Bedingungen zum Ausdruck bringen könnte, nicht zuletzt im Hinblick auf eine Eheschließung. Allerdings würde sich der Männerüberschuß zugleich auch negativ auf die Stellung der Frau auswirken, dadurch nämlich, daß die Frau wieder zu einer "Ware" würde. Nicht nur würden Frauenraub und Frauenhandel wieder an der Tagesordnung sein, sondern es würde auch wieder üblich werden, für heiratsfähige Töchter hohe Brautpreise zu verlangen - Erscheinungen, über die schon heute geklagt wird.

c) Wanderbevölkerung:

Die Lockerungen des strengen Haushaltsregistrierungssystems seit Anfang der achtziger Jahre hat zu umfangreichen Binnenwanderungen überschüssiger Arbeitskräfte aus den ländlichen und unterentwickelten Gebieten in die Städte bzw. entwickelten Küstenregionen geführt. Gegenwärtig wird die Wanderbevölkerung offiziell mit 80 Millionen angegeben, doch da ein großer Teil der Wanderarbeiter seine Heimat illegal verläßt, dürfte sie sich in Wirklichkeit eher auf 100 Millionen belaufen. Die größte Anziehungskraft üben Großstädte wie Beijing und Shanghai aus. In Beijing beispielsweise wurde für das Jahr 1992 eine Wanderbevölkerung von 1,5 Mio. genannt; davon habe aber nur eine Million eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erhalten.³⁸ Den zahlenmäßig höchsten Anteil an der Wanderbevölkerung auf Provinzebene hat mit über 10 Mio. Guangdong zu verzeichnen.³⁹ Die Wanderbevölkerung stellte bisher das schwächste

Glied bei der Durchsetzung der staatlichen Familienplanungspolitik dar, weil sie sich der Kontrolle weitgehend entzieht. Allgemein klagen die Provinzregierungen über die hohe Geburtenziffer außerhalb des staatlichen Plans unter der Wanderbevölkerung. Die Zentralregierung versucht diesem Problem mit verschiedenen Maßnahmen beizukommen. So wurden Ende 1991 Geburtenkontrollkarten für die Wanderarbeiter eingeführt. Die Ausweise müssen vorgewiesen werden, wenn eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis und Lizenzen aller Art beantragt werden.⁴⁰ Außerdem wurden sog. Familienplanungsgesellschaften gegründet, deren Aufgabe es ist, die Wanderbevölkerung zu beobachten.⁴¹ Inwieweit diese Maßnahmen Erfolge zeitigen, ist schwer zu beurteilen. Auch ohne sie könnte sich das Reproduktionsverhalten der Wanderarbeiter ändern, sind diese doch in erster Linie bestrebt, ihren Lebensstandard zu verbessern, und dabei hartem Wettbewerb ausgesetzt. Den Wanderarbeitern geht es darum, Arbeit zu finden und Geld zu verdienen, zudem müssen sie sich in einer ihnen fremden Umgebung behaupten und ihre gesamte Lebensweise ändern. All dies zwingt sie eigentlich dazu, das Heiraten aufzuschieben und sich an die Geburtenkontrollvorschriften zu halten. Diese Vermutung wird durch eine Untersuchung in der Provinz Guangdong belegt; dort soll dort die Geburtenrate unter der Wanderbevölkerung um 34,5 Promille niedriger und das Hauptgebäralter zwei Jahre später (nämlich bei 28 Jahren) liegen als bei der übrigen Bevölkerung.⁴² Ob sich dieser Befund verallgemeinern läßt, ist allerdings fraglich, denn bislang überwiegen die Klagen darüber, daß die Wanderbevölkerung sich der Geburtenkontrolle entzieht.

d) Nationale Minderheiten:

Ein weiterer für die Familienplanung problematischer Bevölkerungssektor sind die nationalen Minderheiten. Aus Sorge vor Unruhen und separatistischen Bestrebungen waren sie zunächst von der strengen Familienplanungspolitik ausgenommen. Dies hat dazu geführt, daß sich der Anteil der Minderheitenbevölkerung in den acht Jahren zwischen dem dritten und dem vierten Zensus (1982-1990) von 6,7 auf 8,08 Prozent erhöhte. Während die gesamte Bevölkerung in diesem Zeitraum um 12,45 Prozent zunahm, betrug der Zuwachs bei den Nationalitäten 35,86 Prozent, d.h. die Minderheitenbevölkerung wuchs im Verhältnis zur hanchinesischen Bevölkerung dreimal so schnell.⁴³ Für 1990 wurde die Minderheitenbevölkerung mit gut 91 Mio. beziffert, heute dürfte sie 100 Mio. überschritten haben. Das schnelle Wachstum der Nationalitäten ist allerdings nicht ausschließlich mit einer hohen Geburtenrate zu erklären. Zu berücksichtigen ist auch, daß viele Hanchinesen sich um die Anerkennung als Angehöriger einer nationalen Minderheit bemühen; ausschlaggebend dafür ist der Wunsch, in den Genuß der günstigeren Bedingungen hinsichtlich der Familienplanung zu kommen, wie sie für die Minderheiten gelten. Dessenungeachtet hat das schnelle Wachstum der Minderheitenbevölkerung in den letzten Jahren mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Zentralregierung wie der örtlichen Regierungen erregt. In zunehmendem Maße wird die Einhaltung der Familienplanungsvorschriften auch für die Minderheiten gefordert. Für die Zentralregierung stellt die Familienplanung in den Minderheitengebieten ein überaus sensibles Problem dar, denn sie

muß ständig lavieren zwischen relativer Lockerung, um die Bevölkerung ruhig zu halten, und einer strengeren Linie, die die bevölkerungspolitischen Zwänge gebieten.

e) Nichtregistrierung von Geburten und Datenfälschungen:

Ein Problem, das die gesamte Bevölkerungspolitik beeinträchtigt und vor allem einen großen Unsicherheitsfaktor für die Demographie darstellt, ist die weitverbreitete Erscheinung, daß Geburten nicht registriert und geschönte Zahlen weitergegeben werden. Zum einen sind es die Familien, die unerlaubte Geburten verheimlichen; aus den erwähnten Gründen werden hauptsächlich neugeborene Mädchen einfach nicht gemeldet, aber das gleiche gilt auch für zusätzliche Jungen. Zum anderen sind es häufig die Kader selbst, zumal der unteren Ebene, die ihre nach oben zu meldenden Zahlen schönen, d.h. niedrigere Geburtenzahlen angeben, um in besserem Licht zu erscheinen. Dies ist neben dem vielfach unzureichenden Ausbildungsstand des statistischen Personals (und daher relativ hoher Fehlerquote) der Hauptgrund für die Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit der chinesischen Bevölkerungsstatistiken. Über das Ausmaß nicht gemeldeter Geburten läßt sich nur spekulieren. Die Ergebnisse einer Stichprobenerhebung der Staatlichen Kommission für Familienplanung im Herbst 1993 in jeweils 16 Dörfern der Provinzen Hebei und Hubei sind in dieser Hinsicht jedoch aufschlußreich. Sie förderten zu Tage, daß die Mehrzahl der 32 Dörfer weder Geburten noch Frühheiraten und Schwangerschaften gemeldet hatte.⁴⁴

f) Der Einfluß der Reformpolitik:

Ein letzter Punkt muß Erwähnung finden, der der Propaganda für die Familienplanung in den letzten Jahren entgegenwirkte: die Ansicht, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sei auch die Geburtenkontrolle durch den Markt zu regeln. Diese Auffassung scheint sich zunehmend zu verbreiten, so daß sich Parteichef Jiang Zemin auf einer nationalen Arbeitstagung über Familienplanung im März 1994 veranlaßt sah, sie nachdrücklich zu kritisieren.⁴⁵ Ein Jahr zuvor hatte der Parteisekretär der Provinz Heilongjiang die Teilnehmer einer Konferenz über Geburtenkontrolle in seiner Provinz ebenfalls vor einer Diskriminierung der Familienplanung als Produkt der Planwirtschaft gewarnt.⁴⁶ In weiten Kreisen der Bevölkerung, namentlich denjenigen, die von den Wirtschaftsreformen profitieren, scheint die Tendenz zu bestehen, alles zu diskreditieren, was mit Planwirtschaft zu tun hat. Da mit dieser auch die Familienplanung in Verbindung gebracht wird, hält man letztere für überholt und ist der Meinung, die Geburtenregelung sei wieder zur Privatsache zu machen. Diesem Trend versuchen Partei und Regierung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda entgegenzuwirken. Dabei weisen sie vor allem auf die besonderen Bedingungen Chinas hin, nämlich die ständig wachsende Bevölkerung bei sich stetig verringernder Agrarfläche und ungeheuren Belastungen für die Umwelt. Diese Bedingungen erfordern es, Familienplanung als nationale Aufgabe wahrzunehmen und langfristig an ihr festzuhalten.

In noch anderer Hinsicht erschweren die Reformen die strikte Durchsetzung der Vorschriften zur Familienplanung. Der Strukturwandel bringt es mit sich, daß sich das

alte, hauptsächlich mit der Arbeitseinheit verbundene Kontrollsystem vielerorts auflöst. Die Gründung neuer Unternehmensformen (Kollektiv- und Privatbetriebe) und von Sonderwirtschaftszonen, aber auch die Reform des Systems der Haushaltsregistrierung erfordern neue Kontrollmechanismen.

Schlußbemerkung

Es besteht kein Zweifel, daß China einen wichtigen Beitrag zur Verlangsamung des globalen Bevölkerungswachstums leistet. Wenn China mit seiner rigorosen Familienplanungspolitik teilweise Methoden anwendet, die nicht mit den Wertvorstellungen des Westens übereinstimmen, so müssen diese Maßnahmen vor dem Hintergrund des chinesischen Wertesystems gesehen werden, in dem nicht nur sozialistische Werte, sondern auch die traditionelle Ethik verankert sind. Wir müssen China zugestehen, daß es einen ehrlichen Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Bevölkerung kämpft. In China leben offiziellen Angaben zufolge heute immer noch mindestens 80 Millionen Menschen in Armut und mindestens 180 Millionen Analphabeten. Die knapper werdenden Ressourcen und die zunehmenden Umweltbelastungen beunruhigen nicht nur die Regierung, sondern werden auch von einem großen Teil der Bevölkerung als alarmierend betrachtet. Partei und Regierung, aber auch Fachleute sind der Überzeugung, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme beitragen. Dies ist unter Entwicklungssoziologen eine zwar nicht unumstrittene, aber auch im Westen vorherrschende Auffassung.

Fragen wir uns, ob und in welcher Hinsicht die Ergebnisse der Weltbevölkerungskonferenz die chinesische Bevölkerungspolitik beeinflussen können. Zur Beantwortung dieser Frage ist es aufschlußreich, festzustellen, daß die chinesischen Medien von der Kairoer Konferenz nur am Rande Notiz nahmen, so daß sie in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden konnte. Als Beispiel ist die *Volkszeitung* heranzuziehen. Sie berichtete lediglich im hinteren Teil unter den internationalen Nachrichten an vier Tagen in relativ kurzen Meldungen über die Konferenz, die *Guangming-Zeitung* gar nicht. Einen Leitartikel oder Kommentar auf der ersten Seite suchte man vergeblich. Dies erlaubt nicht unbedingt Rückschlüsse auf den Stellenwert der Familienplanung in der chinesischen Öffentlichkeit, denn dieser ist ohne Frage sehr hoch, weil jede Familie betroffen ist. Die geringe Beachtung der Konferenz legt aber den Schluß nahe, daß die chinesische Regierung die Bedeutung der Konferenz für ihre eigene Bevölkerungspolitik gering einschätzt. Weder kann sie die Konferenzergebnisse zur Rechtfertigung ihrer Politik heranziehen, weil China weit über das auf der Konferenz verabschiedete Aktionsprogramm hinausgeht, noch kann es in ihrem Interesse liegen, die auf der Konferenz diskutierten kritischen Themen anzusprechen.

Dennoch sollte man einen Einfluß nicht gänzlich ausschließen. Es kann durchaus sein, daß die chinesische Regierung in Zukunft das Problem von Zwangsmaßnahmen, insbesondere Abtreibung und Sterilisation, mit größerer Vorsicht behandelt, sich zumindest der internationalen Kritik in stärkerem Maße bewußt wird, ohne freilich einen grundsätzlichen Kurswechsel vorzunehmen. Schließlich hat China auch bei dem geplanten Eugenik-

Gesetz eingelenkt, indem es den Gesetzentwurf fürs erste auf Eis legte, wobei der internationale Protest sicherlich eine Rolle spielte. Eine weitere Hoffnung schließt sich an, daß nämlich die in Kairo beschlossene Stärkung der Rolle und Stellung der Frau auch in China größere Beachtung findet. Erst wenn die chinesischen Frauen nicht mehr fremdbestimmt sind, d.h. wenn sie nicht mehr in dem Konflikt zwischen offizieller Familienplanungspolitik (die im wesentlichen von Männern bestimmt wird) und den Wünschen oder gar Forderungen ihrer Ehemänner aufgerieben werden, wird die volle Gleichberechtigung erreicht sein. Eine solche würde einen entscheidenden Beitrag zu einer konfliktfreieren Familienplanung leisten können. Bis dahin ist noch ein langer Weg zurückzulegen. Eine wichtige Station wird die vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen darstellen, die im September 1995 in Beijing stattfindet und für die die Vorbereitungen in vollem Gange sind.

Anmerkungen:

- 1) XNA, 2.9.94. Zu den Auseinandersetzungen um die Chinaarbeit der UNFPA im vorigen Jahr siehe SCMP, 16.5.93; IHT, 17.5.93; AWSJ, 18.5.93.
- 2) XNA, 6.9.94.
- 3) Siehe z.B. John S. Aird, *Slaughter of the Innocents. Coercive Birth Control in China*, Washington, D.C., 1990.
- 4) XNA, 12.9.94.
- 5) XNA, 1.9.94.
- 6) XNA, 30.3.94 u. 21.7.94.
- 7) So Peng Peiyun in einem Interview der SCMP am 27.6.93.
- 8) XNA, 30.3.94.
- 9) Peng Peiyun, RMRB, 1.3.93; XNA, chin., 21.3.93, nach SWB, 23.3.93.
- 10) SCMP, 27.6.94 u. 24.1.94, S.6.
- 11) Vgl. SCMP, 18.8.94.
- 12) Vgl. dazu John S. Aird, a.a.O., S.67-70.
- 13) Vgl. dazu Aird, a.a.O., S.36 u. 59.
- 14) Vgl. C.a., 1991/6, Ü 12.
- 15) Beschluß über die Intensivierung der Geburtenplanungsarbeit vom 12.5.91, siehe dazu C.a., 1991/6, Ü 12.
- 16) C.a., 1991/9, Ü 10.
- 17) Vgl. C.a., 1991/9, Ü 10.
- 18) Art.12 der im Febr. 1994 erlassenen Bestimmungen über Ehe-registrierung.
- 19) Xinhua, 25.2.94, nach SWB, 10.3.94.
- 20) Art. 28; vgl. C.a., 1994/2, Ü 20.
- 21) Zahlen für 1992, s. XNA, 22.4.93.
- 22) XNA, 11.4.93.
- 23) Vgl. SCMP, 5.11.93; XNA, 11.11.93.
- 24) IHT, 23.4.93.
- 25) SCMP, 15.2.94; s.a. C.a., 1990/12, Ü 16.
- 26) SCMP, 15.2.94.
- 27) Vgl. hierzu I. Thireau u. M. Kong, "The Rural Community and the Social Security System", in: Renate Krieg, Monika Schädler (Eds.), *Social Security in the People's Republic of China*, Hamburg 1994, S. 117-140.
- 28) 1990 betrug der monatliche Zuschuß für Einzelkinder 5 Yuan; vgl. C.a., 1990/7, Ü 11.
- 29) Vgl. Aird, a.a.O., S.71-72.
- 30) GMRB, 12.1.94.
- 31) Vgl. dazu N. Kristof, "A lost generation: China weeds out baby girls", SCMP, 22.7.93.
- 32) XNA, 21. u. 23.3.93.
- 33) Siehe ebd.
- 34) Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 2.4.94, nach SWB, 26.4.94.
- 35) Xinhua Inlanddienst, 8.4.93, nach SWB, 4.5.93.
- 36) Vgl. dazu XNA, 21.3.93 u. 22.4.93.
- 37) Siehe SCMP, 2.3.93; 22.4.93; IHT, 22.7.93; 18.8.94; 23.8.94; NZZ, 16.9.94.
- 38) XNA, 15.7.93.
- 39) XNA, 30.4.94.
- 40) Vgl. C.a., 1991/12, Ü 14.
- 41) Vgl. C.a., 1992/5, Ü 15.
- 42) XNA, 30.4.94.
- 43) RMRB, 14.6.93.
- 44) Zhongguo Xinwen She, Beijing, 30.12.93, nach SWB, 1.1.94.
- 45) GMRB, 23.3.94, S.1.
- 46) *Heilongjiang Ribao*, 13.5.93, nach SWB, 15.6.93.